



Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie

70. Sitzung (öffentlich)

7. Mai 2025

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:04 Uhr bis 13:05 Uhr

Vorsitz: Dr. Robin Korte (GRÜNE)

Protokoll: Steffen Exner

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

7

Die Beratung des Antrags der Fraktion der AfD „Opfer des Windwahns entschädigen“ Drucksache 18/11597 wird auf im Vorfeld der Sitzung geäußerten Wunsch der AfD-Fraktion nicht wie in der Einladung ausgewiesen unter TOP 3, sondern unter TOP 6 durchgeführt.

1 Arbeit der Clearingstelle Mittelstand des Landes NRW und Bewertung der durchgeführten Verfahren

8

Bericht
des Mittelstandsbeirats
Vorlage 18/3811

– Wortbeiträge

2 Strukturwandel in Nordrhein-Westfalen

19

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/3823

– Wortbeiträge

3 Verfall von Fördermitteln verhindern – Projekte im Rheinischen Revier kurzfristig umsetzen! 22

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/12569

Schriftliche Anhörung
des AWIKE:
Stellungnahmen
18/2460, 18/2461, 18/2467,
18/2473, 18/2475, 18/2476,
18/2477, 18/2495

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD gegen die Stimmen der Fraktion der SPD und bei Enthaltung der Fraktion der FDP ab.

4 Luftverkehr in Nordrhein-Westfalen stärken – Standortbedingungen verbessern 27

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/12023

Ausschussprotokoll 18/878 (Anhörung des VA vom 2. April 2025)

– keine Wortbeiträge

Der Antrag wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von FDP und AfD abgelehnt.

5 Ausverkauf bei BP im Ruhgebiet? Raffinerien haben eine Zukunft in NRW – die Landesregierung muss Standorten und Arbeitsplätzen eine Perspektive sichern 28

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/13147

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, am 1. Juli 2025 von 15:30 Uhr bis 17:30 Uhr eine Anhörung von Sachverständigen durchzuführen.

6 Opfer des Windwahns entschädigen 29

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 18/11597

Ausschussprotokoll 18/880 (Anhörung vom 8. April 2025)

– Wortbeiträge

Der Antrag wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimme der Fraktion der AfD abgelehnt.

7 Ende der Patronatserklärung – wohin steuert Ford in Köln? (Bericht beantragt von der Fraktion der AfD [s. Anlage 1]) 34

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/3805

– Wortbeiträge

8 Zielabweichungsverfahren Hamminkeln (Businesscenter) und Verl (Bevölkerungsschutzzentrum und Feuerwehr Sürenheide) 37

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/3793

– Wortbeiträge

Der Vorsitzende hält fest, dass sich das Ministerium mit dem Ausschuss ins Benehmen gesetzt hat.

9 Entwurf einer Verordnung zur Benennung Zentraler Stellen nach dem Net Zero Industry Act und dem Critical Raw Materials Act (Zentralstellenverordnung NZIA-CRMA ZenStVO NZIA-CRMA) 39

Drucksache 18/13356
Vorlage 18/3760

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss nimmt den Verordnungsentwurf zur Kenntnis.

- 10 Ernährungswirtschaft durch Standortschließungen in NRW auf dem Rückzug** *(Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 2])* **40**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/3820
- Wortbeiträge
- 11 Unzureichende Unterstützung der Wirtschaft durch das Land bei der Finanzierung von Zukunftsinvestitionen** *(Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 3])* **42**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/3814
- Wortbeiträge
- 12 NRW trotz Atomausstiegs weiter im Atomgeschäft – Fragen zur Perspektive der Urananreicherungsanlage Gronau** *(Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 4])* **44**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/3824
- Wortbeiträge
- 13 Welche Erfolge hat die Landesregierung bisher bei der Umsetzung Ihres Bürokratieabbau-Pakets erzielt?** *(Bericht beantragt von der Fraktion der FDP [s. Anlage 5])* **45**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/3821
- Wortbeiträge
- 14 Auswirkungen des US-Zollpolitik auf die NRW-Wirtschaft** *(Bericht beantragt von der Fraktion der FDP [s. Anlage 6])* **49**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/3822
- keine Wortbeiträge

15 Verschiedenes**50**hier: **Beantragungsfrist mündliche Berichte der Landesregierung**

Seitens des Ausschusses besteht Einvernehmen mit dem Vorschlag der Obleuterunde, die Frist zur Beantragung von mündlichen Berichten der Landesregierung auf 10:00 Uhr an dem jeweiligen Montag vor einem Sitzungstag festzulegen.

* * *

1 Arbeit der Clearingstelle Mittelstand des Landes NRW und Bewertung der durchgeführten Verfahren

Bericht
des Mittelstandsbeirats
Vorlage 18/3811

Vorsitzender Dr. Robin Korte: Einmal im Jahr wird uns in dieser Wahlperiode der Tätigkeitsbericht der Clearingstelle Mittelstand vorgestellt. Wie gewohnt wird Herr Kirchhoff vortragen, und Frau Jahn wird dann ergänzen.

Arndt G. Kirchhoff (Mittelstandsbeirat NRW): Herzlichen Dank für die Einladung. Ich freue mich, dass wir im Wirtschaftsausschuss zu Gast sein dürfen. Uns ist ein enger Austausch und ein gutes Miteinander mit dem Parlament sehr wichtig.

Die Aufgabenteilung bleibt unverändert: Wir beraten, wir weisen auf bestimmte Dinge und Entwicklungen hin, aber alle politischen Entscheidungen treffen am Ende Sie, die Mitglieder des Landtags. Wir stellen Ihnen nur unsere Tätigkeiten vor. Der Tätigkeitsbericht, um den es heute geht, reicht bis zum Ende des letzten Jahres.

Mir ist wichtig, dass die Clearingstelle ein aus der demokratischen Mitte heraus gewachsenes, politisch breit getragenes Projekt ist. Insofern bin ich hier ein bisschen neutralisiert. Ich bin zwar Vertreter eines Unternehmensverbandes, aber auch die Gewerkschaften und die Kommunen sind vertreten. Insofern sprechen wir neutral, und Frau Jahn arbeitet auch neutral. Wir erledigen auch schon ein Stück der Arbeit, indem wir uns bei kritischen Punkten einigen, bevor wir es Ihnen, den Verantwortlichen in der Politik, vorlegen.

Weil das gut funktioniert, hat sich die aktuelle, schwarz-grüne Landesregierung vorgenommen, die Clearingstelle Mittelstand institutionell zu stärken. So steht es im Koalitionsvertrag. Ich will nicht interpretieren, wie weit das geht oder was das heißt, aber diese Absicht ist klar zu begrüßen. Aus Sicht des Mittelstandsbeirats ist sie auch notwendig. Wenn wir die Dinge, die wir zu konkreten Gesetzesinitiativen erarbeitet haben, umsetzen, dann stärkt dies nicht nur unsere Stelle, sondern auch die Mittelstandsarbeit der Landesregierung. Es wäre ein klares Signal für den Mittelstand in Nordrhein-Westfalen. Sie wissen es: 99,9 % unserer Unternehmen passen in die Kategorie der mittelständischen Unternehmen, kleiner als 250 Mitarbeiter. Die meisten glauben, in unserer Wirtschaft wäre alles groß. Nein, es ist alles mittelständisch.

Unser gemeinsames Ziel sollte es sein, die Arbeit der Clearingstelle zu stärken. Das funktioniert am besten, wenn wir bei mittelstandsrelevanten Themen frühzeitig eingeschaltet werden. Das ist immer ein Problem. Ich weiß, es geht auch Ihnen als Abgeordnete so, dass Sie Vorlagen so spät bekommen, dass oft wenig Zeit ist, es zu kommentieren. Ich kenne das auch aus Berlin.

Der Mittelstandsbeirat selbst hat sich im November 2024 und im März dieses Jahres bei Frau Ministerin Neubaur getroffen, praktische Erfahrungen ausgetauscht und Ansatzpunkte zur Stärkung der Clearingstelle beraten. Ich bitte um Verständnis, dass ich

dazu, weil wir eine gewisse Vertraulichkeit bei uns haben, keine Details vortrage. Letztlich ist es aber so: Wenn über das Wirtschaftsministerium etwas gestärkt werden soll, kommt die Initiative von Ihnen. Wenn es darum geht, wie es ausgestaltet sein soll, kommt das von Ihnen. Wir können beraten und uns etwas wünschen, aber letztlich entscheiden Sie.

Ein paar generelle Anmerkungen möchte ich zur Clearingstelle machen. Unsere Arbeit – insbesondere die Arbeit von Frau Jahn, die das geschäftsführend macht – mit den beteiligten Organisationen ist sehr gut. Das gilt auch für die Arbeit mit den entsprechenden Ebenen der Politik, wenn wir uns beraten. Das ist nicht ganz selbstverständlich, denn naturgemäß sind die Interessen von Gewerkschaften anders als diejenigen der Unternehmen. Wir befinden uns daher nicht nur im Dialog, sondern wir suchen vorher schon Kompromisse, um die Stellungnahmen und Sichtweisen gebündelt an Sie, die Politik, zu geben.

Das Ganze ist sehr transparent für die Öffentlichkeit. Wir veröffentlichen sämtliche Stellungnahmen. Nach dem Kabinettsbeschluss wird dies auch auf der Internetseite wiederholt.

Ein Update zum Bestand und dazu, was sich dort getan hat: Wir haben vier Verfahren durchgeführt. Eines hatte die mittelstandsorientierte Flächenpolitik zum Thema. Das wurde schon in 2023 begonnen. Zweitens ging es – auch schon in 2023 – um die Neuausrichtung des öffentlichen Vergaberechts. Aus 2024 stammt ein Verfahren dazu, wie wir in der Infrastruktur schneller neu bauen können. Neu ist das Verfahren zur Fachkräfteeinwanderung aus Drittstaaten; das reicht in dieses Jahr hinein.

Das alles sind zentrale Punkte, die wir jeden Tag sehen. Sie haben etwas mit der Transformation zu tun bzw. damit, dass wir nicht schnell genug sind, Infrastruktur brauchen, Flächen brauchen. Es geht auch um Bürokratie, also insgesamt um Dinge, die, wenn Sie überhandnehmen, den Mittelstand sehr belasten.

Wir sammeln immer erst ein Feedback aus der Praxis, bevor wir beraten und schauen, was hemmt. Wir identifizieren dann den Handlungsbedarf und leiten dies an die Politik weiter. Wir unterbreiten auch Lösungsvorschläge – natürlich immer so, dass dies aus Sicht des Mittelstands die Wettbewerbsfähigkeit verbessert. Sie wissen: Deutschlandweit leiden wir im Moment in der Wirtschaft an fehlender Wettbewerbsfähigkeit. Sie entscheiden am Ende, ob Sie die Erkenntnisse teilen oder ob Sie es in Gesetzesnovellen oder in verbessertem Vollzug umsetzen. Das liegt ganz allein bei Ihnen.

Unsere Bitte an die Ministerin und die gesamte Landesregierung lautet immer, für den Mehrwert dieser Clearingstelle und ihr Potenzial zu werben. Das darf man nicht in einem Ressort sehen, sondern es ist ein Querschnitt und übergreifend. Es ist bei der Ministerin für Wirtschaft, Klima und Energie aufgehängt, das heißt aber nicht, dass es nicht sämtliche Ressorts der Landesregierung betraf.

Zu den durchgeführten Clearingverfahren will ich nicht auf Einzelheiten eingehen, sondern mich auf ein paar Kernaussagen beschränken.

16 Clearingverfahren und 7 Mittelstandsrelevanzprüfungen bestätigen die hohe Anzahl von Beauftragungen in den zurückliegenden Jahren. Von den 16 Verfahren stammen

nur drei aus Landesvorhaben, zwei aus EU-Vorhaben und neun aus Bundesvorhaben mit Bezug zu Bundesgesetzen. Dass in 2024 nur drei Verfahren aus Landesvorhaben vorgelegt wurden, liegt eigentlich unter dem Durchschnitt. Wir können aber auch nur das bearbeiten, was uns vorgelegt wird. Dass wir einen Schwerpunkt beim Bundes- und Europarecht haben, mag so sein, weil das meiste aus dem Europarecht kommt, aber wir sollten zusehen, insbesondere bei uns im Land mehr und enger zusammenzuarbeiten. Wir sind hier in unserem Bundesland aufgerufen, alles für den Mittelstand zu tun, und wir wissen, dass das auch Ihr Interesse ist. Der Durchschnitt liegt bei fünf Clearingverfahren im Landesrecht, und wir lagen jetzt bei nur drei.

Weitere Details kann Frau Jahn Ihnen nennen, ich möchte aber noch ein paar konkrete Anmerkungen machen. Dass wir um eine frühzeitige Beteiligung bitten, darauf hatte ich schon hingewiesen, denn nur wenn wir entsprechende Fristen haben, können wir die Erkenntnisse zusammentragen.

Ein Kernproblem liegt auch ein bisschen im Wechselspiel zwischen den Ministerien und der Clearingstelle. Wir unterstützen das Wirtschaftsministerium gerne bei der Daueraufgabe, das Ganze innerhalb der Landesregierung noch bekannter zu machen und zu promoten. Auf die angekündigte Stärkung der Clearingstelle und darauf, was das Wirtschaftsministerium innerhalb der Landesregierung vorschlägt, sind wir sehr gespannt. Wir bieten gerne Formulierungshilfen, aber letztlich ist es Ihre Aufgabe, den Prozess entsprechend zu etablieren.

Zum Schluss darf ich wie immer sagen: Herzlichen Dank nicht nur an das Team der Clearingstelle, sondern auch an die beteiligten Organisationen, an das Wirtschaftsministerium mit der Wirtschaftsministerin an der Spitze und an Sie, liebe Abgeordnete, für Ihre Aufmerksamkeit. Wir stehen Ihnen auch über diesen Tag hinaus immer gerne zur Verfügung.

(Beifall)

Sabine Jahn (Clearingstelle Mittelstand des Landes NRW): Ich möchte noch den Blick darauf richten, was die Clearingstelle macht, wenn sie nicht mit der Durchführung und Vorbereitung von Clearingverfahren und Werkstattgesprächen befasst ist.

Wir stehen in einem guten Austausch mit Institutionen anderer Bundesländer, die sich mit Bürokratieabbau und besserer Rechtsetzung befassen, zum Beispiel mit der Geschäftsstelle des Nationalen Normenkontrollrats, aber auch mit den Geschäftsstellen der Normenkontrollräte von Ländern wie Bayern, Baden-Württemberg, Sachsen und Thüringen sowie mit der Clearingstelle in Niedersachsen, die vor ein paar Jahren nach dem Vorbild Nordrhein-Westfalens ins Leben gerufen worden ist.

Neben inhaltlichen Dingen, zu denen wir uns austauschen, stellen wir fest, dass sich die Aufgaben in diesen Institutionen durchaus verändern und sich der Lage anpassen. Man beschäftigt sich dort, wie es die Clearingstelle jetzt auch macht, mit bestehendem Recht. Man fokussiert sich darauf und schaut, was man verändern kann, gerade mit Blick auf die Dinge, die man im Sinne des Bürokratieabbaus vorantreiben will. Das ist letztendlich auch der Weg, den Nordrhein-Westfalen geht.

Darüber hinaus haben dort die Praxischecks in den Bestandsverfahren Eingang in die tägliche Praxis gefunden, so wie es bei uns mit den Werkstattgesprächen der Fall ist. In Niedersachsen ist die Clearingstelle vom Wirtschaftsministerium beauftragt worden, die Praxischecks durchzuführen, in Baden-Württemberg kann der Normenkontrollrat anregen, Praxischecks zu machen, und er wird dann auch eingebunden.

Wir sehen außerdem vermehrt, dass diese Institutionen in die Initiativen der Landesregierung eingebunden werden, wenn es um Bürokratieabbau geht. Das ist auch in der Clearingstelle in Niedersachsen so, die sehr stark verknüpft ist mit der Stabstelle für Bürokratieabbau und Verfahrensvereinfachung. In Baden-Württemberg ist der Normenkontrollrat stark eingebunden in die Entlastungsallianz, die dort eingesetzt worden ist. Es tut sich also etwas, und wir haben das im Blick und stehen in einem guten Austausch.

Darüber hinaus werden oftmals Anfragen an uns herangetragen, die Clearingstelle mit ihren Aufgaben vorzustellen. Das haben wir schon für einzelne Bundesländer gemacht, die sich letztendlich manchmal für einen Normenkontrollrat entschieden haben, manchmal für eine Clearingstelle. Auch aus anderen Institutionen wird angefragt.

Sehr erfreulich ist für uns, dass uns jetzt das Justizministerium hier in Nordrhein-Westfalen angesprochen hat. Es beteiligt sich an einem Projekt zwischen der EU und der Republik Usbekistan, in dem es auch um bessere Rechtsetzung und Gesetzesfolgenabschätzung geht. Es wird eine Delegation hier nach Düsseldorf kommen, und das Justizministerium hat gefragt, ob ich dort die Clearingstelle vorstellen kann. Das nehme ich natürlich sehr gerne wahr. So kann man auch im internationalen Bereich zeigen, was in Nordrhein-Westfalen passiert.

(Beifall)

Vorsitzender Dr. Robin Korte: Vielen Dank. – Vielen Dank, Frau Jahn, auch für die Einblicke in das, was in anderen Bundesländern passiert. Ich danke Ihnen im Namen des gesamten Ausschusses – so kann ich es, denke ich, sagen – für Ihre Arbeit im letzten Jahr und in Zukunft.

Nun haben die Mitglieder des Ausschusses die Möglichkeit, Ihnen Fragen zu stellen.

Dietmar Brockes (FDP): Auch vonseiten der FDP-Fraktion herzlichen Dank für die Arbeit, die Sie seitens der Clearingstelle geleistet haben, ob im Hauptamt oder insbesondere im Ehrenamt. Ich finde, man sollte es immer wieder betonen, wenn Leute sich freiwillig und in ihrer Freizeit einbringen, um unser Land unterm Strich besser zu machen. Danke auch für Ihre Ausführungen.

Herr Kirchhoff, Sie haben betont, dass im Koalitionsvertrag steht, dass die Clearingstelle gestärkt werden soll. Das Ministerium soll dies jetzt mit Inhalt füllen bzw. ist dabei, dies zu tun. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, waren es im vergangenen Jahr relativ wenige Fälle. Ich glaube, dass da noch Luft nach oben wäre. Wenn Sie sich etwas wünschen könnten: Welche Punkte wären Ihnen wichtig – wir haben in der Vergangenheit zum Beispiel immer wieder über das Initiativrecht der Clearingstelle gesprochen –, um

dieses Instrument noch deutlich effizienter zu machen und weitaus mehr zu erreichen? Ich habe es so verstanden, dass da aus Ihrer Sicht noch Potenzial wäre.

Frau Jahn, Sie haben den Vergleich mit dem, was in Niedersachsen angedacht ist, angestellt. Für mich hörte es sich so an, dass dort noch mehr geht. Könnten Sie ausführen, welche Punkte dort aus Ihrer Sicht besser geregelt sind als bei uns?

Jan Matzoll (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Jahn und Herr Kirchhoff, für Ihre Arbeit und die gute Vorstellung heute.

Meine Frage geht in eine ähnliche Richtung. Sie haben angesprochen, dass es in diesem Jahr weniger Verfahren waren als im letzten Jahr. Hinsichtlich der Größenordnung kann es natürlich mal variieren, trotzdem ist es spannend, wie es sich entwickelt und wie die Perspektiven aussehen. Frau Jahn, Sie haben auch dargestellt, wie vielschichtig und vielseitig die Anfragen sind. Das sieht man zum Beispiel an der Anfrage aus dem Justizministerium, die vielleicht in eine andere Richtung geht als viele andere Anfragen.

Wie schätzen Sie es ein, wie es weitergeht? Sie haben auch heute sehr explizit dafür geworben, dass in allen Ministerien deutlich darauf hingewiesen wird, was die Clearingstelle Mittelstand leisten kann und wie wichtig und sinnvoll diese Art der sowohl vertrauensvollen als auch nach außen transparenten Zusammenarbeit für eine schnelle Kompromissfindung und für eine Lösung, die lange trägt, weil alle schon gut involviert waren, ist. Was können wir noch besser machen, um im nächsten Jahr zu hören, dass es mehr Verfahren waren und nicht weniger und dass auch in der Breite ein Verständnis dafür vorhanden ist, was die Clearingstelle Mittelstand auch über klassische Themen aus dem Wirtschaftsministerium hinaus leisten kann?

Dr. Christian Untrieser (CDU): Ich möchte mich dem Dank für die geleistete Arbeit an Sie, Frau Jahn und Herr Kirchhoff, den die Kollegen schon geäußert haben, anschließen. Bitte geben Sie dies auch an die weiteren Mitglieder und Mitarbeiter der Clearingstelle weiter.

Ich habe mir den Bericht sehr genau durchgelesen und finde darin viele sehr gute Ansätze, auch über die Jahre hinweg. Ich glaube, man kann sagen: Würde es die Clearingstelle nicht geben, wäre es umso wichtiger, sie heute ins Leben zu rufen. Wir sind jetzt im dritten Jahr der Rezession, und wir hören immer wieder von Unternehmen – nicht nur von mittelständischen Unternehmen, sondern generell –, dass eines der großen Probleme eine überbordende Bürokratie in Deutschland ist. Sie arbeiten daran, machen Verbesserungsvorschläge und sagen, wo wir Bürokratie abbauen können, wo wir Verfahren vereinfachen, verschlanken können oder wo wir vielleicht dafür sorgen können, dass Belastungen für Unternehmen nicht entstehen. Das ist aus meiner Sicht in der heutigen Zeit ein wichtiger Baustein, um wieder zu einer Gesundung der Wirtschaft kommen. Das brauchen wir dringend in Deutschland, ansonsten können wir uns Sozialstaat und verteilungspolitische Aufgaben nicht leisten.

Danke, dass Sie das gemacht haben und weiterhin machen, oft mit sehr konkreten Vorschlägen. Es fällt uns auf, dass es sehr konkret wird und nicht im Allgemeinen bleibt. Die Vorschläge, was man besser machen kann, gehen wirklich sehr ins Detail.

Sie haben zu Recht angesprochen, dass die Anzahl von drei landesgesetzlichen Verfahren ausbaufähig ist. Mit Blick darauf, welche Ministerien Sie beauftragt haben, muss ich dem MWIKE ein Lob aussprechen. Das MWIKE hat sehr viele Verfahren hineingegeben. Auf der anderen Seite nehme ich das als Auftrag an uns Abgeordnete mit, die wir meistens nicht nur in einem Ausschuss sitzen, sondern auch in den anderen Ausschüssen vertreten sind und dort den anderen Ministerinnen und Ministern sagen können: Bitte nehmen Sie die Clearingstelle zur Kenntnis; nutzen Sie dieses wertvolle Instrument, damit es noch besser gemacht werden kann.

Ich habe eine Frage, die ebenfalls in dieselbe Richtung geht wie die Fragen von Herrn Brockes und Herrn Matzoll. Sie haben gesagt, dass Niedersachsen und auch Baden-Württemberg die Dinge anders machen. Ich habe ein wenig herausgehört, dass sie es mittlerweile vielleicht auch besser machen. Niedersachsen hat nach dem Vorbild von Nordrhein-Westfalen eine Clearingstelle eingeführt. Da waren wir erst einmal Vorreiter. Jetzt habe ich aber herausgehört, dass es in Niedersachsen und auch Baden-Württemberg anders gemacht wird. Sind wir da möglicherweise nicht mehr Spitzenreiter, sondern abgerutscht, zumindest ins Mittelfeld? Können Sie uns diesbezüglich Verbesserungsvorschläge geben?

Nadja Lüders (SPD): Auch von unserer Seite herzlichen Dank an die Clearingstelle sowie für die Ausführungen von Herrn Kirchhoff und Frau Jahn.

Ich habe einige Fragen zum Bericht. In der Einleitung führen Sie aus, dass Sie sich insbesondere mit zwei Themen beschäftigt haben, nämlich mit der Anwerbung von Fachkräften aus Drittstaaten sowie mit dem schnelleren Bau von Ersatzneubauten der Infrastruktur.

Sie haben Auswertungen und Analysen vorgenommen. Ich finde leider nichts dazu, wie die Analysen bei der Regierung angelandet sind und wie es dann im Prozess weitergeht. Ist es nur entgegengenommen worden, oder sind Sie dann auch noch in den Diskussionen innerhalb der Ministerien beteiligt, um Hinweise zu geben?

Meine zweite Frage schließt sich im Grunde an das an, was Herr Brockes schon gesagt hat. Bezüglich des zu erwartenden Gesetzes, dessen Entwurf uns hoffentlich noch irgendwann im Laufe dieses Jahres zugeht, haben Sie, Herr Kirchhoff, gesagt, dass Sie gerne bereit sind, Formulierungshilfen zu geben. Daraus schließe ich, dass das bislang aufseiten der Regierung noch nicht angedacht ist. Wie sind Sie da im Moment eingebunden?

Arndt G. Kirchhoff (Mittelstandsbeirat NRW): Ich schlage vor, dass die spezifischen Fragen zur Konkurrenz zwischen den Bundesländern – obwohl wir doch die Ersten waren, wie Herr Dr. Untrieser sagte – Frau Jahn beantwortet, ebenso wie die konkreten Fragen zum Bericht.

Zu den Formulierungshilfen: Wir sind dabei; ich sagte es ja. Solange auf politischer Ebene keine Entscheidungen gefällt sind, will ich noch keine Details nennen, aber wir arbeiten daran, wie wir es verbessern können. Wir haben das aufgenommen und sind froh, dass es das erklärte Ziel der Landesregierung ist, dort initiativ zu werden. Deswegen haben wir es bei uns auf der Agenda. Da stehen eine ganze Menge Punkte drin, und jetzt warten wir – aber das soll keine Kritik sein – darauf, was Ihnen vorgelegt und entschieden werden soll. Nicht wir legen es Ihnen vor, sondern das wird kanalisiert über das MWIKE.

Herr Brockes, Sie haben nach dem Initiativrecht gefragt. Das haben wir. Die Frage ist, ob das dann auch zu einer Aktion führt – auf Europaebene, Deutschlandebene, Länderebene. Wir haben auch Vorschläge, wie wir das verbessern können. Neben dieser frühzeitigen Einbindung kann man natürlich mehr Verbindlichkeit hineinbringen. Das muss aber Politik entscheiden. Wir können uns mehr Verbindlichkeit für die Beteiligung wünschen, aber wir können das nicht vorgeben. Man kann es auch in Geschäftsordnungen verankern. Es gibt eine Menge Möglichkeiten, aber das ist nicht unser Initiativrecht und das wollen wir auch nicht, sondern Politik entscheidet das.

Wir unterhalten uns über die Sache und sagen, wo wir besser werden können. Das Potenzial zur Verbesserung zeigen wir also auf. Das ist in der Diskussion und steht auf der Agenda, aber es ist noch nicht entschieden bzw. noch nicht weitergereicht. Wir würden uns natürlich freuen, wenn es, wie im Koalitionsvertrag beschrieben, noch in dieser Legislaturperiode – wir haben ja noch die Hälfte der Zeit; da wollen wir nicht ungeduldig sein – zu einer Verbesserung führt.

Das gilt vor allem – Frau Jahn wird etwas dazu sagen –, da wir wissen, dass wir die Ersten waren. Da waren wir ganz stolz, und dann haben die anderen es nachgemacht. Aber die sind vielleicht etwas pragmatischer dort. Es gibt immer Verbesserungspotenzial, wenn es um solche Fragen geht.

Die Themen – Bürokratie, Arbeit, Qualifikation, Transformation, Nachhaltigkeit, Planung, Genehmigungsverfahren – sind ja auf einer Linie mit den Punkten, bei denen wir schneller und wettbewerbsfähiger werden müssen bzw. bei denen wir zu langsam sind und uns schwer tun. Es gibt jetzt Chancen, weil das Land etwas von den Sondermitteln erhält, sodass wir schneller werden können. Es ist jetzt also nicht mehr eine Frage des Geldes, sondern die Frage ist, wie das Geld möglichst sinnvoll eingesetzt wird. Darauf sind wir natürlich gespannt. Vorschläge gibt es; uns fällt immer etwas ein, was man verbessern kann. Das ist auch gut so, sonst wären wir nicht die Richtigen an der Stelle.

Die Zusammenarbeit ist sehr gut, aber jetzt ist wieder die Politik bzw. das Ministerium, die Regierung am Zug.

Sabine Jahn (Clearingstelle Mittelstand des Landes NRW): Ich will zunächst auf die Frage eingehen, wie es aussieht, wenn wir die Bestandsverfahren durchgeführt haben und unsere Stellungnahme abgegeben haben. Wir suchen dann das Gespräch und gehen die einzelnen Positionen noch einmal durch. Wir haben zumindest in einen Bereich den Hinweis erhalten, dass Dinge aufgenommen werden und daraus eine Gesetzes-

initiative folgt. Mehr kann ich jetzt allerdings nicht dazu sagen. Wir geben es jedenfalls nicht nur ab, sondern wir suchen konkret das Gespräch und versuchen, herauszufinden, warum man einem Vorschlag folgt oder auch nicht.

Wie kann man die Zahl der Verfahren erhöhen und dafür sorgen, dass die Clearingstelle mehr einbezogen wird? Man muss die Clearingstelle bekannter machen und mitteilen, dass sie genutzt werden kann. Ich muss in der Tat sagen: Es laufen einige Dinge an der Clearingstelle vorbei. Einiges müssen wir aber auch ablehnen, nämlich dann, wenn das Clearingverfahren gleichzeitig mit der Verbändeanhörung stattfindet. Dann sind wir nicht in der Lage, das Clearingverfahren zu führen.

Wir hatten in der Vergangenheit – ich glaube, im Januar war es – auch ein Clearingverfahren, bei dem wir angehört worden sind und eine Abgabefrist von einem Monat nach Veröffentlichung der Verordnung hatten. Das führt das Ganze natürlich ad absurdum. Insofern wäre es schön, wenn man einen konkreten Zeitpunkt festlegen würde und verbindlicher regeln würde, bis zu welchem Zeitpunkt die Clearingstelle einzubinden ist. Ich glaube, das würde schon etwas bringen.

Zum Blick auf Niedersachsen: Ja, Niedersachsen ist nach dem Vorbild Nordrhein-Westfalens ins Leben gerufen worden und hat sich – auch wenn es fast die gleichen Regelungen sind – in der Tendenz etwas anders entwickelt. Dort legt man mehr Wert darauf, ob eine Mittelstandsrelevanz gegeben ist. Es gab nicht so viele Verfahren, die beauftragt worden sind, man war aber auch offener, sich andere Bereiche anzusehen.

Wenn man sich austauscht, wird wiederum auch der Blick nach Nordrhein-Westfalen gerichtet. Dann wird gesehen: In Nordrhein-Westfalen kann man das Bestandsrecht in den Blick nehmen. Das hat Niedersachsen jetzt auch eingeführt. Auch mit Hinweis auf diese Werkstattgespräche, die wir in den Bestandsverfahren installiert haben, hat Niedersachsen die Praxischecks installiert, die auch auf Bundesebene Eingang gefunden haben. Die Clearingstelle ist dort beauftragt, sie durchzuführen. Dort geht die Entwicklung schon ein bisschen weiter als hier in Nordrhein-Westfalen.

Ministerin Mona Neubaur (MWIKE): Lieber Herr Kirchhoff, liebe Frau Jahn, stellvertretend für die wirtschaftliche Säule der Leistungsfähigkeit in Nordrhein-Westfalen, den Mittelstand, will ich Ihnen und dem Team der Clearingstelle Mittelstand für die Arbeit, die der Mittelstandsbeirat und im Speziellen die Clearingstelle liefert, danken. Ich will aber auch allen danken, die daran beteiligt sind, im Mittelstandsbeirat dafür Sorge zu tragen, dass Politik weiß, was gerade los ist, um aus dem Gesagten in politischen Beratungs- und Abwägungsprozessen Entscheidungen treffen zu können.

Die IHKs, die Handwerkskammern, der Westdeutsche Handwerkskammertag, der Deutsche Gewerkschaftsbund, die kommunalen Spitzenverbände, unternehmer nrw, die Freien Berufe – sie alle sind notwendig, dass der Mittelstand sich möglichst breit abbildet in seinen sehr vielfältigen Perspektiven.

Danke, Herr Kirchhoff, dass Sie es über Ihren Impuls verdeutlicht haben: Der Mittelstandsbeirat und die Clearingstelle Mittelstand beraten in dem Zusammenspiel zwischen Legislative und Exekutive und zu dem, was daraus an Gesetzesvorhaben läuft. Was an Rückmeldungen kommt – Frau Jahn hat es beschrieben –, lautet dann eben

nicht: „Die Clearingverfahren ergeben dies und jenes, und dann ist eins zu eins umzusetzen“, sondern man geht danach in einen Dialog miteinander.

Für uns ist diese Beratung wichtig. Deswegen unterstütze ich als Wirtschaftsministerin die Arbeit der Clearingstelle – ich wäre ganz schön bescheuert, das nicht zu tun – und kann diesbezüglich aufgreifen, was Sie, liebe Kollegen Abgeordnete, gesagt haben: Wir brauchen dringend die Sensibilität und das Bewusstsein, dass wir als Nordrhein-Westfalen im Gesamten davon profitieren, wenn wir diese Perspektiven in Vorhaben der Landespolitik einbinden. Deswegen danke ich Ihnen, wenn Sie mich darin unterstützen, auch die Kolleginnen und Kollegen anderer Ressorts zur Mitarbeit einzuladen und sie einzubeziehen.

Wir befinden uns im Austausch und in Beratungen über die Umsetzung des Vorhabens im Koalitionsvertrag. Bei den Werkstattgesprächen, die, würde ich sagen, einer der Erfolgsfaktoren sind, geht es darum, wie wir sie – zum Beispiel über eine Änderung einer Verordnung zum Mittelstandsgesetz – verstetigen können. Zu vielen Dingen stehen noch miteinander in Beratungen; wir sind also mitten in der Arbeit. Sobald es innerhalb der Landesregierung reif ist, wird logischerweise auch Ihre wertvolle Perspektive noch einmal für die Beratungen gebraucht. In diesem Sinne freue ich mich, dass wir sicher noch in diesem Jahr zu einem Ergebnis kommen werden, um die Arbeit der Clearingstelle zu stärken und am Ende dazu beizutragen, dass es einfacher wird, in Nordrhein-Westfalen unternehmerisch tätig zu sein.

André Stinka (SPD): Ich möchte eine Nachfrage stellen, weil Herr Kirchhoff das Sondervermögen und die Investitionen, die zu tätigen sind, angesprochen hat. Sie haben sich vertieft mit den Ersatzneubauten der Infrastruktur beschäftigt und damit, dass man diese schneller bauen kann. Die Kollegin Lüders hat vorhin nachgefragt, was denn als Ergebnis dabei rumkommt, denn es ist entscheidend, dass das nicht monatelang irgendwo liegt und die Clearingstelle ihre gute Arbeit darin sieht, immer hinterherzulaufen. Welche Zeitachse gibt es, bis eine konkrete Antwort kommt? Denn wir brauchen die konkreten Vorschläge, die Sie erarbeitet haben, um dann auch in die Umsetzung zu kommen. Kann man das als Abgeordneter auch lesen, was Sie da erarbeitet haben, oder ist das nicht verfügbar?

Zweitens. Auf Seite 11 Ihres Berichts haben Sie ausgeführt, dass Sie zum Thema „Sozialpflicht in der Bauordnung“ einen Vorschlag gemacht haben, der aus Ihrer Sicht praxisorientierter sei und den Regelungsmechanismus für die Unternehmerinnen und Unternehmer erleichtert. Nun ist das Bauministerium dem nicht gefolgt. Wie kann ich mir den Diskussionsprozess vorstellen? Wird Ihnen einfach mitgeteilt, dass es nicht passiert? Erhalten Sie eine Begründung? Können Sie noch mal sagen: „Da habt ihr etwas falsch gesehen?“ Gibt es da einen Austausch? Sonst ist das ja für Sie frustrierend. Sie schreiben sich die Finger wund, aber wenn ich Minister wäre, mit 20 Leuten, könnte ich Sie auch plattmachen. Das ist ja irre; das geht ja nicht. Wie war also der Austausch? Sie haben ja die Praxis einfließen lassen. Deswegen noch mal ganz klar: Wie ist es hier zur Ablehnung gekommen? Wie haben Sie davon erfahren, und konnten Sie noch mal kritisch anmerken, dass die Ablehnung vielleicht nicht so sachgerecht ist?

Dietmar Brockes (FDP): Ursprünglich wollte ich nachfragen, bis wann die Umsetzung seitens des Ministeriums kommen sollte, dann haben Sie, Frau Ministerin, aber gesagt: bis Ende des Jahres. Ich muss sagen, das finde ich nicht besonders ambitioniert, um es nett auszudrücken. Ich glaube, es ist auch im Interesse des Ausschusses insgesamt, dass es deutlich zeitnäher geschieht als im Laufe dieses Jahres.

Herr Kirchhoff, ich möchte bei der Frage des Kollegen Stinka nachfassen. Sie haben deutlich gemacht, dass Sie Vorschläge machen. Es wird nicht immer alles übernommen, das ist okay, aber es werden auch Vorschläge komplett nicht beachtet. Wie schätzen Sie das ein? Ist es im weitesten Sinne so etwas wie „schön, dass wir drüber gesprochen haben“, oder kommt unter dem Strich mehr als die Hälfte in die Umsetzung? Ich hätte gerne ein Gefühl dafür, wie viel am Ende des Tages wirklich dabei herausgekommen ist.

Arndt G. Kirchhoff (Mittelstandsbeirat NRW): Ich habe keine Zahl – vielleicht hat Frau Jahn sie –, wie viele der Initiativen behandelt werden. Frau Jahn müsste versuchen, das zu beantworten, mir liegt es nicht vor. Wir sind mehr als zehn Jahre alt, und für den Zeitraum kann ich das jetzt nicht so schnell sagen.

Die Ministerin hat gesagt, im Laufe des Jahres solle etwas kommen. Ja, daran arbeiten wir. Ich weiß auch nicht genau, was „im Laufe des Jahres“ heißt. Die nächste Sitzung ist, meine ich, im Sommer, und ich gehe davon aus, dass wir im Herbst etwas haben werden. Damit ist es rechtzeitig, bevor ein neuer Wahlkampf startet. Das ist auch das Ziel: Wir sollten zusehen, dass wir es innerhalb der Legislaturperiode hinkriegen. Das wäre zumindest unser Wunsch.

Wir arbeiten jedenfalls laufend daran und beschäftigen uns damit, aber inwieweit das Einfluss auf Verordnungen, vielleicht sogar Gesetze hat, ist, wie gesagt, nicht unser Recht und nicht unser Spielfeld.

Sabine Jahn (Clearingstelle Mittelstand des Landes NRW): Herr Stinka, Sie hatten die Frage gestellt, ob Sie unsere Ausarbeitung nachlesen können. Die veröffentlichen wir auf der Seite zu den Bestandsverfahren. Wir wären natürlich auch daran interessiert, dass es direkt hier an den Landtag geht. Das geschieht mit den anderen Stellungnahmen, wenn wir zu konkreten Gesetzentwürfen angehört werden, auch. Die müssen ja verpflichtend mit dem Gesetzentwurf dem Landtag zur Verfügung gestellt werden, sodass die Stellungnahme später bei der Anhörung vorliegt.

Sie sind auf unserer Internetseite aber eigentlich sehr präsent. Gleich oben im ersten Kästchen können sie auf unsere vier Bestandsverfahren, die wir durchgeführt haben, klicken.

Zur Ihrer Frage, wie der Austausch aussieht und was übernommen wird: Das ist natürlich sehr unterschiedlich – so unterschiedlich wie auch die Einbindung. In manchen Fällen ist es frühzeitig, manchmal gibt es aber auch im Nachgang die Kommunikation.

Das will ich aber nicht auf diese Bestandsverfahren beziehen; dort ist es anders. Weil man diese Verfahren in beiderseitigem Interesse macht, findet auf jeden Fall ein sehr intensiver Austausch statt. Bei den anderen Verfahren, in die wir eingebunden werden,

ist es sehr unterschiedlich. Letztendlich wird ja auch bei der Verbändeanhörung nicht jedem Verband gesagt, ob etwas übernommen wird oder nicht. So ist es auch hier. Manchmal kann man mit dem zuständigen Referenten in den Austausch treten, manchmal wird so etwas auch von der Hausspitze entschieden und nicht weiter kommuniziert, warum das eine oder andere nicht übernommen wird.

Vorsitzender Dr. Robin Korte: Vielen Dank für Ihre Antworten. – Weitere Wortmeldungen oder Nachfragen aus dem Ausschuss sehe ich nicht. Dann schließe ich an dieser Stelle den Tagesordnungspunkt. Wir werden ihn auch im nächsten Jahr wieder aufrufen und dann Ihren Bericht zum Jahr 2025 hören und diskutieren.

Ich bedanke mich im Namen des Ausschusses für Ihre Teilnahme an der heutigen Sitzung, für den Bericht und für die interessanten Einblicke sowie Ausblicke, die Sie uns gegeben haben. Herzlichen Dank.

(Beifall)